

Michael Schwartz

Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“

Integrationskonflikte in den
deutschen Nachkriegs-Gesellschaften
und die Assimilationsstrategien in der
SBZ/DDR 1945–1961

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	XI
I. Einleitung: Die Fremdheit der Vertriebenen. Zwangsmigration und Integration als Probleme der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte	1
1. Der Fragehorizont: Forschung als Wissenszuwachs und Deutungsalternative	1
2. Vermintes Begriffs-Gelände: Von Umsiedlern, Vertriebenen und anderen Labels	3
3. Zwangs-Gesellschaft im Nachkrieg: Integrationsideologie und Integrationsverweigerung	6
4. Dialektik der Zwangszuwanderung: Politische Inklusion – soziale Exklusion	16
5. Soziale Resultate der Zwangszuwanderung: Differenzierung statt Nivellierung	22
6. Politische Resultate der Zwangszuwanderung: Ein neues Design von Sozialpolitik	28
7. Fortschritte und Fehlritte: Bemerkungen zum Forschungsstand ..	36
8. Prämissen, Fragen, Methoden: Zur Vorgehensweise dieser Arbeit ..	43
II. Die Soziologie der Macht: Organisationen und Netzwerke auf dem Politikfeld der „Umsiedlerpolitik“	47
1. Befehl und Mitgestaltung: Sowjetisch-deutsche Kommunikation in der Umsiedlerpolitik der SBZ/DDR	68
1.1. „Die russischen Offiziere“: Geschäftsführer der Umsiedlerangelegenheiten in der Sowjetischen Militäradministration ..	71
1.2. Begrenzte „Perestrojka“: Zum Wandel sowjetisch-deutscher Arbeitsbeziehungen	80
1.3. „Die Deutschen machen nichts ohne Anordnung“: SMAD-Befehle und Varianten deutscher Befehlserfüllung	94
1.3.1. „Die Lage ist schwarz, die Lage ist sehr schlecht!“ Deutsche Verwaltungspraxis und sowjetische Korrekturversuche (98) – 1.3.2. „Passive Resistenz“: Systemebenen, Lebenswelten und Grenzen der Besatzungs-Diktatur (103) – 1.3.3. „Es kommt darauf an, den Befehl so auszulegen, daß er tragbar wird“: Deutsche Strategien des Aushandelns und Unterlaufens sowjetischer Befehle (115)	
1.4. „Wir sind kein sinkendes Schiff“: Die Entmachtung der SMAD-Umsiedlerabteilung in der sowjetzonalen Umsiedlerpolitik 1947–1949	131

1.5. „Ein gewisser ‚Übergangscharakter‘ jener Zeit“: Die Sowjetische Kontrollkommission und die Entstehung des DDR-Umsiedlergesetzes 1949/50	139
2. Institutionenwandel und Netzwerk-Kontinuität: Deutsche Akteure und Agenturen von Umsiedlerpolitik in der SBZ/DDR	159
2.1. Verflechtung und Abgrenzung: Gesamtdeutsche Entwicklungstendenzen von Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsbürokratien	164
2.2. „Erprobte Parteiarbeiter“: Das kaderpolitische Machtmonopol der KPD/SED in den sowjetzonalen Umsiedlerbürokratien	173
2.2.1. „Beim Personaleinsatz erhebliche Fehlgriffe“: ZVU-Personalpolitik zwischen KPD/SPD-Parität und anti-sozialdemokratischen „Säuberungen“ (174) – 2.2.2. „Diese Apparate müssen jetzt auch gesäubert werden“: Personalpolitische Interventionen in den Umsiedlerbehörden der Länder und Provinzen (193) – 2.2.3. „Gewisse Verschiebung des politischen Schwergewichts“: Kommunistische Kaderpolitik und bürgerliche Blockparteien (204) – 2.2.4. „Etwas Neues“: Das soziopolitische Profil der ZVU-Belegschaft in sowjetzonaler und gesamtdeutscher Perspektive (228)	
2.3. „Wir haben gemeinsam Kraft genug“: Kohäsion und Konflikt im SED-Netzwerk der Umsiedlerpolitik	244
2.3.1. „Bemerkenswert war die unfreundliche Haltung“: Kommunistisch-sozialdemokratische Gruppenkonflikte und der Antagonismus von Umsiedler- und Sozialpolitik (247) – 2.3.2. „In den Bahnen von Paul Merker“? Gruppenkonflikte zwischen Westemigranten und Moskau-Emigranten und die sozialinterventionistische Umsiedlerpolitik (257) – 2.3.3. „Der Genosse Wilhelm Pieck hat nachdrücklich gewünscht, daß die Aufgaben der Partei zur Lösung des Umsiedlerproblems klar umrissen werden“: Umsiedlerpolitische Differenzen zwischen Moskau-Emigranten am Beispiel Piecks und Ulbrichts (269) – 2.3.4. „Vom Zentralsekretariat der Partei behandelt“: Geschäftsführer der Umsiedlerpolitik im zentralen SED-Apparat (283)	
2.4. „Interessenvertretung bei der DWK“: Das Reformprojekt einer institutionellen Verbindung von Vertriebenenförderung und Wirtschaftsplanung 1948/49.	295
2.4.1. „Nicht so weiterarbeiten wie bisher“: Institutionelle Reform-Varianten der sowjetzonalen Umsiedlerpolitik 1947/48 (296) – 2.4.2. „Nicht interessiert, daß Umsiedler bei der Wirtschaftscommission bleibt“: Die vorübergehende DWK-Integration der zentralen Umsiedlerbürokratie 1948 (302) – 2.4.3. „Nicht energisch genug mit der Faust auf den Tisch geschlagen“: Widerstände der SED-Umsiedlerfunktionäre gegen den Widerruf der DWK-Integration 1948/49 (321) – 2.4.4. „An entscheidender Stelle wirksam“: Liberaldemokratische Opposition gegen die Aufgabe der DWK-Integration 1948/49 (325) – 2.4.5. „Die Union geht voran“: Christdemokratische Opposition gegen die Aufgabe der DWK-Integration 1948–1950 (331)	
2.5. Zwischen „Liquidierung“ und „Weiterführung“: Umsiedlerpolitisches Netzwerk-Handeln im Kontext der SED-Innenpolitik 1948–1953	341

2.5.1. „Schon lange gewünschte bestimmte Machtbefugnisse“: Die Innenressorts als Träger von Zentralisierung und Gleichschaltung im Staatsapparat der SBZ 1948/49 (342) – 2.5.2. „Falsche Selbständigkeit“: Der Konflikt um die künftigen Handlungsspielräume umsiedlerpolitischer Institutionen in den Innenressorts 1948/49 (350) – 2.5.3. „Die Arbeit für die Umsiedler nicht zu Ende“: Landespolitische SED-Netzwerkstrategien zwischen Parteidisziplin und Eigeninitiative 1948/49 (359) – 2.5.4. „Maßnahmen im Interesse der Umsiedler“: Problematische Kontinuitätssicherung im zentralen SED-Parteiparat 1948/50 (367) – 2.5.5. „Weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“: Das neue bevölkerungspolitische Netzwerk und das Kontinuitätsproblem der Umsiedlerpolitik 1949–1953 (387)	
3. Eigensinn und Selbstorganisation: Politik der Vertriebenen als Herausforderung der offiziellen Umsiedlerpolitik	412
3.1. Der „Apparat der Umsiedlerausschüsse“: Das staatliche Projekt kontrollierter Vertriebenenpartizipation 1945–1949	419
3.1.1. „Mehr oder weniger auf dem Papier“: Ausschuß-Projekt und Zusammenbruchsgesellschaft 1945/46 (421) – 3.1.2. „Hechte im Karpfenteich“: Zentralistische Ausschuß-Förderung und lokalgesellschaftliche Machtverhältnisse 1947/48 (432) – 3.1.3. „Bedenken in einigen Fragen“: Das Projekt des „Zentralen Umsiedlerbeirats“ und das Veto der SED-Führung 1947 (451) – 3.1.4. „Organisation, die wir nicht mehr in der Hand haben“: Die „Liquidierung“ der Umsiedlerausschüsse zugunsten des SED-Machtmonopols 1948/49 (462) – 3.1.5. „Die richtige Zusammensetzung“: Kommunale Wohnungsausschüsse und Sozialkommissionen als interessenpolitische Ersatz-Institutionen (470)	
3.2. „Die Selbstverwaltung der Flüchtlinge“: Vertriebenen-Selbstorganisation und polizeistaatliche Repression in der SBZ/DDR	477
3.2.1. „Man kann nicht durch Dekrete die Heimatgefühle unterbinden“: Selbstorganisationsversuche vertriebener Kommunisten in der SBZ (482) – 3.2.2. „Flüchtlingsvertreter“: Spielräume und Grenzen selbstorganisierter Vertriebenen-Partizipation in der SBZ 1945–1948 (497) – 3.2.3. „So einfach mit dem Holzhammer“: Vertriebenen-Selbstorganisation und SED-Repression 1948–1961 (509)	
3.3. „Die revanchistische Schutzhelferrolle des Klerus“: Vertriebenen-Organisation und kirchliche Institutionen in der SBZ/DDR	544
3.3.1. „Keine politischen Geschäfte mit Spenden“: Der Machtkampf zwischen SED und kirchlichen Hilfswerken um das Spendenverteilungsmonopol in der SBZ/DDR (546) – 3.3.2. „In den meisten Köpfen nur die Kirche“: Kirchliche Vertriebenen-Arbeit als sozialer Integrationsfaktor und als SED-Kontrollproblem (551) – 3.3.3. „Sofort ein politischer Accent“: Das Sonderproblem der pommerschen und schlesischen Landeskirchen in der SBZ/DDR (569) – 3.3.4. „Charakter von Landsmannschaften“: Evangelische Vertriebenen-Freikirchen und der versagende SED-Kontrollanspruch (571)	
3.4. „Staat im Staate“: Die Mikropolitik der „Umsiedler-Produktivgenossenschaften“ zwischen Gruppenautonomie und Assimilationszwang	572

3.4.1. „Ein geeignetes Instrument, sofern dieses Instrument richtig gehandhabt wird“: Selbstorganisation und Subventionierung der Umsiedlergenossenschaften in der SBZ (576) – 3.4.2. „Der stärkste Steuerzahler“: Sonderfall und Sonderbehandlung der Gablonzer-Genossenschaften in der SBZ (592) – 3.4.3. „Die Rechnung ohne den Wirt gemacht“: Die gescheiterte Selbstbehauptung umsiedlergenossenschaftlicher Netzwerke am Beispiel der Neustrelitzer „Sudehi“ (596)	
3.5. „Gewollte Isolierung in jeder Beziehung“: Die Selbstabgrenzung von Vertriebenen als Steuerungsproblem der SED-Assimilationspolitik	611
III. Die Macht des Sozialen: „Umsiedlerpolitik“ in der Konfliktgesellschaft der SBZ/DDR.	625
1. Integration durch Bodenreform? Vertriebene, Agrarpolitik und ländliche Aufnahmegesellschaft in der SBZ/DDR	637
1.1. „Von größter Bedeutung für die Behebung der Not der Umsiedler“: Sowjetzonale Bodenreform und begrenzte Vertriebenenpartizipation	645
1.1.1. „Verschiedene Meinungen über die Freiheit“: Bodenreformen und Vertriebenenpartizipation in der SBZ und in Westdeutschland (646) – 1.1.2. Auf der Schattenseite der „Bodenreform“: Vertriebene Landarbeiter und arbeitsunfähige Vertriebene als neue ländliche Unterschicht (654) – 1.1.3. Integration durch Desintegration: Soziale Mechanismen der Vertriebenen-Partizipation an der „Bodenreform“ (668) – 1.1.4. Vertriebene als „Reservearmee“: Temporale Strukturen der Vertriebenen-Partizipation an der „Bodenreform“ (680) – 1.1.5. Neubaupolitik und Vertriebenenendifferenz: Problemléugnung und Problemwahrnehmung in der sowjetzonalen Agrarpolitik (689) – 1.1.6. „Antifaschistische Kaders auf dem Dorfe“: Zentralstaatliche Förderung und mehrheitsgesellschaftliche Ablehnung Neubäuerlicher „Antifa-Umsiedler“ 1946–1948 (709) – 1.1.7. „Zweckmäßig, anders zu arbeiten“: Umsiedler-Neubauern und die Anfänge der Agrarkollektivierung in der DDR ab 1952 (720)	
1.2. „Ein Stück Gartenland zum Urbarmachen und Bebauen“: Ernährungssicherung durch Parzellenverteilung an Vertriebene 1946–1949	729
1.2.1. Die „Magenfrage“: Nahrungsmittelknappheit und Anrechtskonflikte in der Rationengesellschaft (731) – 1.2.2. „Nicht mehr von dem Wohlwollen oder Nichtwohlwollen der örtlichen Stellen abhängig“: Gesetzliche Anrechtsgewährung und effektive Gartenlandverteilung in Thüringen und Sachsen-Anhalt 1947/48 (740) – 1.2.3. „Man lässt sie dahinvegetieren“: Gartenlandverteilung als kommunaler Gnadenakt in der restlichen SBZ 1947–1949 (758)	
1.3. „Daß sich eine besondere Verfügung zur Bevorzugung der Umsiedlerneubauern erübrigt“: Vom Nutzen und Nachteil des Neubauern-Bauprogramms für die Vertriebenen 1947–1950	766
1.3.1. „Gleichzeitig Wohnraum verloren“: Das Neubauern-Bauprogramm und die Zerstörung von Gutsgebäuden (772) – 1.3.2. „Änderung der Kreditbedingungen erforderlich“: Die soziale Exklusionswirkung der Baufinanzierung (800) – 1.3.3. „Losgelöst von den wirtschaft-	

	lichen Möglichkeiten und dem Bewußtsein des größten Teils der Umsiedler und Neubauern“: Die Krise der Bauförderung als Voraussetzung der Wende zur Vertriebenenförderung 1950 (827)	
1.4.	„Umsiedler sind bevorzugt zu behandeln“: Neubauernpolitik als Vertriebenenpolitik 1950–1952	840
1.4.1.	„Klassenkampf im Dorfe“: Vertriebenenpolitische Abgaben- und Tarifiermäßigungen im Kontext der SED-Transformationspolitik (844) – 1.4.2. „Ungesetzliche Handlungen“: Steuerungsprobleme und Inklusionskonflikte anreizorientierter Sozialpolitik am Beispiel der Milchvieh-Versorgungsaktion (856) – 1.4.3. „Faß ohne Boden“: Das vertriebenenpolitisch modifizierte Neubauern-Bauprogramm 1951/52 (868)	
2.	„Umsiedlerkredit“ statt Umverteilung: Varianten der Hausrathilfe in den gesellschaftlichen Interessenkonflikten der SBZ/DDR	893
2.1.	„Es muß etwas getan werden“: Umverteilung von Mobilier und Hausrat als lastenausgleichende Soforthilfe-Politik in der SBZ.	898
2.1.1.	„Appell an die Solidarität“: Das Versagen freiwilliger Hausrat-Umverteilung 1945–1948 (901) – 2.1.2. „Den Faschismus aktiv unterstützt“: Zwangs-Umverteilung von Hausrat im Kontext der Entnazifizierung 1945/46 (908)	
2.2.	„Streit um Kleiderschränke und Wäschetruhen“: Gesamtdeutsche Konflikte um zwangsweise Hausrat-Umverteilung 1946–1949	918
2.2.1.	„Spaltung der Werktätigen“: Projekte zur Zwangsumverteilung in SED und CDU und deren Vereitelung 1946/47 (920) – 2.2.2. „Das Gesetz läuft stillschweigend weiter“: Zwangsumverteilung in Thüringen zwischen Avantgardismus und Isolation (935) – 2.2.3. „Beschwerden in großer Zahl“: Umverteilung auf der Basis des Reichsleistungsgesetzes (943) – 2.2.4. „Keine Gesetze zu empfehlen“: Landespolitische Blockaden von Umverteilungspolitik (950) – 2.2.5. „Umsiedler an erster Stelle“: Privilegierte Versorgung aus der Neuproduktion als Umverteilungs-Alternative (963)	
2.3.	„Umsiedlerkredit“: Die Subventionen des DDR-Umsiedlergesetzes „zum Erwerb von Gegenständen des Wohnbedarfs“ 1950–1953	973
2.3.1.	„Propaganda-Bluff“: Diskussionen um Ausstattungssubventionen im Kontext sowjetzonaler Lastenausgleichspolitik 1946–1949 (974) – 2.3.2. „Verfrüht, mit Teilzahlungskrediten Hoffnungen zu machen“: Das Scheitern des Kredit-Pilotprojekts der SED 1949 (994) – 2.3.3. „Landesarbeitsgemeinschaft für Umsiedlerversorgung“: Zentralstaatliche Passivität und konkurrierende Subventionspolitik Sachsen-Anhalts 1949/50 (1008) – 2.3.4. „Vom Notbürger zum Vollbürger“: Die Konzeption des Wohnbedarfskredits im DDR-Umsiedlergesetz vom September 1950 (1019) – 2.3.5. „In jeder Hinsicht großzügig“: Der Wohnbedarfskredit als allgemeiner „Umsiedlerkredit im Herbst 1950 (1026) – 2.3.6. „Umsiedlerkredite gerecht verteilen!“: Der restriktive Kurswechsel im November 1950 (1044) – 2.3.7. „Wie man durch ein gutes Gesetz mit ungenügender Vorbereitung die Bevölkerung verärgern kann“: Politische Steuerungsversuche nach dem Kurswechsel in der Kreditpolitik (1056) – 2.3.8. „Erwartung, daß ihnen der Staat die Schuld erläßt“: Kreditnehmer-Verhalten und verschärfter staatlicher	

Tilgungsdruck (1079) – 2.3.9. „Durch ihren Einsatz eine Hilfe verdient“: Die partielle Wiedereinbeziehung besserverdienender „Aktivisten und Bestarbeiter“ in den Wohnbedarfkredit (1091) – 2.3.10.
 „Grenzen gezogen“: Die Einstellung des Hausratkredits 1953 und ihre Folgeprobleme (1108)

IV. Schlußbilanz: Vertriebenenzuwanderung, Gesellschaftskonflikt und Assimilationspolitik in der SBZ/DDR	1117
1. Der „vormundschaftliche Staat“: Institutionelle und personelle Strukturen von „Umsiedlerpolitik“ in der SBZ/DDR	1121
2. „Angleichung der Lebensverhältnisse“: Umsiedlerpolitik als Gesellschaftsveränderung	1138
2.1. Integration in der Desintegration: Agrarpolitische Vertriebenenförderung und ländliche Gesellschaftskonflikte	1143
2.2. Von der Umverteilung zur Arbeitsgesellschaft: Vertriebenen-Hausrathilfe und gesellschaftliche Gruppeninteressen	1152
3. „Einschmelzung“ versus „Eingliederung“: Konkurrierende Integrationspolitiken in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften ..	1165
4. Konflikt, Kooperation und Trauma. Das Integrationsproblem der Vertriebenen in Politik und Gesellschaft	1188
Abkürzungsverzeichnis	1201
Quellenverzeichnis	1207
Literaturverzeichnis	1211
Personenregister	1241